



bedrohte Völker 231

Menschenrechte in China: Der Staat als Täter

Zeitschrift der Gesellschaft für bedrohte Völker International

Eine Stimme für Verfolgte

Gesellschaft für bedrohte Völker ● Wiesenstrasse 77 ● CH-3014 Bern

Tel.: 031 311 90 08 ● Fax: 031 311 90 65 ● E-Mail: info@gfbv.ch

Internet: www.gfbv.ch ● PC 30-27759-7

Textauswahl*

Menschenrechte in China: Der Staat als Täter von Ulrich Delius

Die Lage in Tibet und Xinjiang hat sich weiter verschlechtert. Unnachgiebiger denn je zuvor zerschlagen die chinesischen Behörden in Tibet jeden Widerstand und schalten die tibetische Gesellschaft gleich. ➤

Chinas Minderheitenpolitik: Generalstabsmässige Assimilierung von Ulrich Delius

Die Minderheitenpolitik Chinas zerstört die traditionelle Gesellschaft Ostturkestans und Tibets. Dank der mit vielen Vergünstigungen staatlich geförderten Migration von Han aus dem Osten Chinas, beherrscht die chinesische Mehrheitsbevölkerung inzwischen in den meisten Städten Ostturkestans den Handel und das öffentliche Leben. ➤

Volksrepublik China: Ein Killer-Staat von Wolfgang Mayr

Das war neu: Demonstrationsfreiheit! Studenten durften Anfang April ungehindert demonstrieren. Ungehindert und lautstark – allerdings nur gegen Japan. Sie konnten ungestraft japanische Einrichtungen beschädigen und demolieren. Die Polizei hielt sich „diskret“ im Hintergrund. ➤

Chinas Maulwürfe in der EU von Ulrich Delius und Wolfgang Mayr

Beim Kampf um die Wahrung des französischen Einflusses in der Weltpolitik düpiert Frankreich nicht nur seine europäischen Partner, sondern nimmt auch diplomatische Verstimmungen in Kauf, um der chinesischen Führung den Hof zu machen. ➤

Lukrativer Rüstungsmarkt, unprofitable Menschenrechte von Ulrich Delius

Trotz des EU-Embargos ist China eine der ersten Adressen der staatlichen Waffenhändler besonders aus Frankreich und Deutschland. Das Embargo konnte auch nicht verhindern, dass mit China ein schwungvoller Waffenhandel betrieben wird. Der noch kräftig angetrieben werden kann. ➤

Ausserdem:

Taiwan: Zur Annexion freigegeben? von Ulrich Delius

EU-Wirtschaft gegen Menschenrechte: Waffenhändler statt Friedensmacht von Ulrich Delius und Wolfgang Mayr

Falun Gong: Abgeschoben - ins Arbeitslager eingewiesen

Die Kirche ist nah von Federico Rampini

Weitere Themen:

10 Jahre Srebrenica: Völkermord vor der Haustür von Fadila Memisevic und Jasna Causevic

Vietnam: Der Landraub durch Kaffeebauern von Ulrich Delius

Zypern: Getrübe Hoffnungen von Wolfgang Mayr

Am Rande Europas: Mehrheiten und Minderheiten in Estland von Malte Brosig

Nord-Irland: Der unaufhaltsame Aufstieg von Pastor Paisly von Wolfgang Mayr

* Die vollständige Version kann bei der Gesellschaft für bedrohte Völker bezogen werden.

Menschenrechte in China: Der Staat als Täter

Ulrich Delius

Die Lage in Tibet und Xinjiang hat sich weiter verschlechtert. Unnachgiebiger denn je zuvor zerschlagen die chinesischen Behörden in Tibet jeden Widerstand und schalten die tibetische Gesellschaft gleich.

Tausende buddhistische Mönche wurden gezwungen, ihre Klöster zu verlassen, weil sie nicht bereit waren, sich schriftlich von ihrem religiösen Oberhaupt, dem Dalai Lama, zu distanzieren. Statt sich um eine friedliche Konfliktlösung zu bemühen, greifen die chinesischen und staatlich kontrollierten Medien mit immer neuen Verbalattacken die tibetische Exilregierung des Dalai Lama an.

In Xinjiang, Ostturkestan, wie es die Uiguren bezeichnen, werden nicht nur die uigurische Sprache und Kultur unterdrückt, sondern auch die muslimische Bevölkerung pauschal der Unterstützung des Terrorismus verdächtigt. Moscheen und Koranschulen werden geschlossen, muslimische Geistliche zur Teilnahme an Umerziehungskursen gezwungen, um sie auf die Parteilinie einzuschwören. Seit 1997 wurden mehr als 500 Uiguren aus politischen Gründen hingerichtet, 2004 wurden mindestens 50 Uiguren zum Tode verurteilt und exekutiert.

% Die Verletzung der Religionsfreiheit hat mit der brutalen Verfolgung von Falun Gong sowie den willkürlichen Verhaftungen von Gläubigen und Geistlichen der protestantischen „Hauskirchen“, die nur im Untergrund tätig sein können, seit der Aufnahme des EU-Menschenrechtsdialogs einen neuen Höhepunkt erlebt.

Mehr Menschen denn je zuvor wurden seit der Jahrtausendwende in der Volksrepublik hingerichtet. Jährlich werden vermutlich mehr als 10.000 Menschen hingerichtet. China wendet die Todesstrafe – nach unfairen Gerichtsverfahren – exzessiv an. Nach den Standards der Vereinten Nationen für den Schutz der von Todesstrafe bedrohten Personen darf die Todesstrafe nur für die Ahndung schlimmster Verbrechen verhängt werden. In der Volksrepublik ist diese Strafe jedoch für mindestens 65 Delikte vorgesehen, darunter auch für zahlreiche weniger schwere Tatbestände und für Verstöße gegen die Staatssicherheit.

Wurden Anfang der 90er Jahre 150.000 Menschen ohne formelles Gerichtsverfahren in den 280 Umerziehungs- und Arbeitslagern festgehalten, so waren im Jahr 2003 nach offiziellen chinesischen Angaben mehr als 310.000 Menschen in diesen Lagern eingesperrt. Der zweifelhafte „Boom“ der Arbeitslager ist vor allem auf die brutale Verfolgung von Falun Gong und von Christen, die nicht offiziell anerkannten Kirchen angehören, zurückzuführen.

Die medizinische Versorgung vor allem in den ländlichen Gebieten ist heute oft nicht mehr gesichert. Das jahrelange Totschweigen und Leugnen der sich immer mehr ausbreitenden Aids-Epidemie machte die Schwächen der Gesundheitsversorgung in China sehr deutlich. Auch die Versorgung mit den wichtigsten Medikamenten ist oft nicht gesichert.

Die Behörden verletzen in vielen städtischen Zentren das Recht auf Wohnung ihrer Bürger. So reichen immer mehr Chinesen Eingaben gegen die zwangsweise Räumung ihrer Wohnungen und Häuser ein. 2003 verloren mehr als 11.000 Chinesen ihre Wohnung, weil ihre Häuser Städtebauprojekten weichen mussten.

In den Autonomen Regionen Tibet und Xinjiang wird das Recht auf Bildung der lokalen Bevölkerung verletzt, da die Sprachenrechte der Tibeter und Uiguren nicht ausreichend berücksichtigt werden.

Ulrich Delius ist Afrika- und Asien-Referent bei der Gesellschaft für bedrohte Völker Deutschland.



Generalstabsmässige Assimilierung

Ulrich Delius

Die Minderheitenpolitik Chinas zerstört die traditionelle Gesellschaft Ostturkestans und Tibets. Dank der mit vielen Vergünstigungen staatlich geförderten Migration von Han aus dem Osten Chinas, beherrscht die chinesische Mehrheitsbevölkerung inzwischen in den meisten Städten Ostturkestans den Handel und das öffentliche Leben. Eine vergleichbare Umwälzung der Bevölkerungsstruktur erlebte auch Tibet in den letzten Jahren.

Vor zehn Jahren gab es hier nur wenige Chinesen“ erzählt ein Ladenbesitzer in Kashgar, der größten Stadt im Westen der Autonomen Region Xinjiang. Heute sind Angehörige der chinesischen Mehrheitsbevölkerung der Han kaum mehr wegzudenken aus dem Straßenbild der größten Stadt im Westen Ostturkestans, wie die seit Jahrhunderten hier lebenden Uiguren Xinjiang bezeichnen. Zwar waren 1998 offiziell noch immer 81 Prozent der 300.000 Einwohner-Stadt Uiguren, doch auch hier wird die Zahl der Han-Chinesen in den nächsten Jahren stark zunehmen. In der Provinzhauptstadt Urumtschi und anderen weiter östlich gelegenen Städten Ostturkestans sind heute bereits mehr als 75 Prozent Han-Chinesen. In der 1958 von Mao Tsetung gegründeten Stadt Shihezi stellen die Han sogar 95 Prozent der Einwohner. Jedes Jahr treffen in der 600.000 Einwohner-Stadt durchschnittlich 10.000 neue Siedler ein. Im Jahr 1997 wurden alleine in Shihezi 70.000 neue Migranten registriert. In Shihezi ist die Zentrale der paramilitärischen staatlichen Produktions- und Baugesellschaft Xinjiang (Xinjiang Production and Construction Corporation) ansässig, die mit der Hilfe ehemaliger Soldaten systematisch die Ansiedlung hunderttausender Han-Chinesen betreibt. Die Produktionsgesellschaft unterhält Dutzende Großfarmen und Industriebetriebe in der gesamten Region. Dank der mit vielen Vergünstigungen staatlich geförderten Migration von Han aus dem Osten Chinas, beherrscht die chinesische Mehrheitsbevölkerung inzwischen in den meisten Städten Ostturkestans den Handel und das öffentliche Leben.

Eine vergleichbare Umwälzung der Bevölkerungsstruktur erlebte auch Tibet in den letzten Jahren. Millionen chinesische Siedler strömten nach Tibet, so dass die tibetische Hauptstadt Lhasa heute schon sehr chinesisch geprägt ist. Eine neue Welle von Migranten wird von Tibetern befürchtet, wenn im Jahr 2007 die Eisenbahnlinie von Golmud nach Lhasa fertig gestellt wird. Schon heute ähneln die Städte Ostturkestans und Tibets mit ihren breiten Straßen und modernen Häuserblocks architektonisch immer mehr chinesischen Städten und verlieren ihren besonderen kulturellen Charakter. Ihr architektonischer Niedergang ist symptomatisch für die wachsende Bedrohung der traditionellen Kultur ihrer einheimischen Völker.

Gefördert wird die Ansiedlung von Han-Chinesen in Ostturkestan durch große Infrastrukturprojekte wie den Bau von Eisenbahnen und Straßen. Als 1992 eine Eisenbahnlinie nach Kasachstan gebaut wurde, nutzten Han-Migranten die neue Verbindung, um sich entlang der Strecke anzusiedeln. Bis 1999 die Eisenbahnlinie von Kashgar in die 1.500 Kilometer östlich gelegene Provinzhauptstadt Urumtschi eröffnet wurde, lebte in Kashgar vor allem die lokale muslimische Bevölkerung. Nun treffen zweimal am Tag hunderte Han-Chinesen mit dem Zug oder mit den zwanzig täglichen Flügen aus Urumtschi ein.

1949 war nur einer von fünfzehn Bewohnern Xinjiangs Han-Chinese. Rund fünf Millionen Uiguren standen damals nur 300.000 Han gegenüber. Heute ist mindestens jeder Dritte ein Han. Die chinesischen Behörden verschleiern das tatsächliche Ausmaß der Ansiedlung von Migranten. So behaupteten sie bis vor wenigen Jahren, nur sechs Millionen Han hätten sich in Xinjiang niedergelassen. Eine Volkszählung ergab im Jahr 2000, dass bereits 7,5 Millionen Han in Ostturkestan lebten. Ihnen standen 19,25 Millionen Uiguren gegenüber. Doch tatsächlich leben viel mehr Chinesen in Ostturkestan. Denn in der Volkszählung wurden Soldaten, Polizisten, chinesische Berater und Helfer sowie Mitarbeiter der Produktions- und Bau-gesellschaft Xinjiang nicht erfasst.

Goldgräberstimmung herrscht unter vielen chinesischen Neusiedlern. Angelockt von dem 1999 von Staatspräsident Jiang Zemin verkündeten „Großen Entwicklungsplan für den Westen“, der massive Investitionen in Tibet, Xinjiang und anderen westlichen Provinzen vorsieht, hoffen sie auf Arbeit. Die chinesische Führung betreibt die Erschließung des Westens nicht nur aus militärischen Gründen, um die Grenzen zu den Nachbarstaaten zu sichern und um eine Abspaltung Tibets oder Ostturkestans zu verhindern, sondern auch, um sich Rohstoffe zu sichern. Denn die prosperierende Wirtschaft in den industriellen Zentren an der Ostküste verlangt immer mehr Rohstoffe. Unter dem Deckmantel der „wirtschaftlichen Erschließung benachteiligter Regionen“ wird die Ausplünderung Xinjiangs und Tibets vorangetrieben. Schon heute ist Xinjiang bedeutendster Erdgaslieferant der Ostküste. Auch werden immer mehr Ölfelder im Tarim-Becken in Ostturkestan erschlossen. Tibet liefert Holz, Wasser, Gold, Kupfer, Bauxit und Kohle. Für die ansässige heimische Bevölkerung bringt die Rohstofferschließung keine wirtschaftlichen Perspektiven. Denn chinesische Arbeitgeber bevorzugen Han-Chinesen. Tibeter, Uiguren, Kasachen und andere ethnische „Minderheiten“ werden benachteiligt.

Zwischen den Uiguren und den zugewanderten Siedlern gibt es kaum Kontakt. Han-Chinesen und Uiguren leben in unterschiedlichen Stadtvierteln. Mischehen gibt es nur selten. Die Uiguren und andere in Ostturkestan lebende ethnische Minderheiten empfinden die chinesischen Siedler als illegale Einwanderer, die die Bevölkerungsstruktur im Sinne der chinesischen Führung verändern sollen. Nur wenige Han beherrschen die uigurische Sprache oder bemühen sich zumindest, sie zu lernen. Die Uiguren sollen nach dem Willen der Behörden und der Mehrheitsbevölkerung Chinesisch und nicht Uigurisch lernen. Das auf der Förderung von Minderheiten-Sprachen aufbauende Erziehungssystem wurde seit 1997 systematisch ausgehöhlt. So sieht eine im April 2004 vom Parteikomitee der Kommunistischen Partei Xinjiangs verabschiedete Erziehungsrichtlinie die schrittweise Abschaffung der „Minderheiten-Schulen“ vor. Neben den Schulen, die auch von muslimischen Hui besucht werden, gab es bislang in allen drei Schulstufen (Grundschule, Mittelschule, Obere Mittelschule) separate Schulen für Uiguren und andere in Xinjiang lebende „Minderheiten (Kasachen, Mongolen, Kirgisen, Pamir-Tadschiken), in denen die Minderheiten-Sprache als Unterrichtssprache eingesetzt wurde. Wurde in den letzten Jahren bereits ab der 3. Klasse in diesen Minderheiten-Schulen in Chinesisch unterrichtet, so sollen sie nun ganz zugunsten des Chinesischen ab-

geschafft werden. Die Minderheiten-Schulen sollen aufgelöst und den chinesischen Schulen angeschlossen werden. Tausende uigurische Lehrer werden mangels ausreichender Chinesisch-Kenntnisse ihre Arbeit verlieren, da sie nicht an chinesischen Schulen unterrichten können. Im Zuge der Assimilation waren die Schülerzahlen an den Minderheiten-Schulen in den letzten Jahren bereits zurückgegangen. Immer häufiger melden uigurische Eltern ihre Kinder an chinesischen Schulen an, um ihnen ein gutes berufliches Fortkommen zu ermöglichen. Denn die chinesische Führung macht mit ihrer Politik der Assimilation deutlich, dass in der Volksrepublik nur beruflich Karriere machen kann, wer Chinesisch spricht und sich dem Wertesystem der Kommunistischen Partei Chinas unterwirft. Minderheiten-Kultur hat darin allenfalls einen folkloristischen Stellenwert.

Die 56 offiziell registrierten „ethnischen Minderheiten“ Chinas, die acht Prozent der Gesamtbevölkerung stellen, weisen die höchsten Zahlen von Analphabeten auf. So können in der Autonomen Region Tibet 36 Prozent nicht lesen oder schreiben, in den angrenzenden alten tibetischen Provinzen sind es immerhin noch zwischen 17 und 24 Prozent der Bevölkerung, während insgesamt in den ländlichen Regionen Chinas durchschnittlich nur 8 Prozent Analphabeten sind.

Die UN-Sonderberichterstatterin für Bildung, Katarina Tomasevski, zog nach einem Besuch in Tibet im Jahr 2004 eine katastrophale Bilanz und forderte dringend Maßnahmen zum Schutz der tibetischen Sprache und Kultur sowie anderer Minderheiten-Sprachen. Von 120 Minderheiten-Sprachen seien fünfzig Prozent bedroht, erklärte Tomasevski. Wenn China die Assimilationspolitik nicht aufgibt, wird der Untergang der Kultur und damit auch der Identität der ethnischen Minderheiten in der Volksrepublik kaum aufzuhalten sein.

Ulrich Delius ist Afrika- und Asien-Referent bei der Gesellschaft für bedrohte Völker Deutschland.



Volksrepublik China: Ein Killer-Staat

Wolfgang Mayr

Das war neu: Demonstrationsfreiheit! Studenten durften Anfang April ungehindert demonstrieren. Ungehindert und lautstark – allerdings nur gegen Japan. Sie konnten ungestraft japanische Einrichtungen beschädigen und demolieren. Die Polizei hielt sich „diskret“ im Hintergrund. Die Partei zog bei den anti-japanischen Protesten offensichtlich die Fäden. Die Studenten konnten mit der Genehmigung von höchster Stelle ihre Aufmüpfigkeit ausleben.

Der Anlass für die ungewöhnliche Episode war nachvollziehbar. In den neuen japanischen Schulbüchern wurden die Kriegsverbrechen des Kaiserreiches, einst verbündet mit NS-Deutschland und dem faschistischen Italien, ausgeblendet. Zwar wurden die Japaner nach dem Zweiten Weltkrieg enge Verbündete des Kriegssiegers USA, die blutige Vergangenheit blieb aber unangetastet. Es wurde nie der Versuch unternommen, die japanische Herrschaft mit ihrer brutalen Unterdrückung und Massenmorden in China, in Korea und im Pazifik aufzuarbeiten. Aufzuarbeiten hätte Japan Ungeheuerliches. Allein in der damaligen chinesischen Hauptstadt Nanjing ermordeten Soldaten der japanischen Kaiserarmee mehr als 300.000 Menschen.

Mehr als 200.000 Frauen wurden als „Trostfrauen“ zur Prostitution gezwungen. In den von Japan besetzten Ländern sind laut dem „Lexikon der Völkermorde“ an die sechs Millionen Menschen ermordet worden.

Im und während des Zweiten Weltkrieges kamen in China Schätzungen zufolge bis zu 30 Millionen Menschen ums Leben. Durch japanische Soldaten, durch Hungersnöte, aber auch durch den äußerst hart geführten Bürgerkrieg zwischen den Kommunisten und der nationalrevolutionären Koumintang-Regierung. Während des japanischen Eroberungskrieges kooperierten Koumintang (KMT) und Kommunisten in einer „nationalen Front“ gegen die Invasoren, hinter ihren Linien wickelten die militärischen Parteiverbände aber ihren Bürgerkrieg ab. Die ideologischen Gegensätze wurden mit aller Härte ausgetragen. Allein in der Provinz Jiangxi liquidierten die kommunistischen Sowjets laut dem französischen Historiker Jean-Louis Margolin zwischen 1927 und 1931 186.000 Zivilisten.

Dem bürgerlich-nationalistischen Regime von Chiang Kai-shek fielen 1921-1948 mehr als zehn Millionen Menschen zum Opfer. 1949 floh Koumintang-Regierungschef General Chiang Kai-Shek mit seinen Anhängern auf die ehemalige japanische Kolonie Taiwan. Zwei Jahre zuvor ließ seine Regierung einen Volksaufstand gegen den korrupten nationalchinesischen Provinzgouverneur Chen Yi blutig niederschlagen. Während des „weißen Terrors“ der chinesischen Nationalrevolutionäre starben etliche tausend Taiwanesen; darunter nahezu die gesamte taiwanesishe Elite. Diese Ereignisse wurde jahrzehntelang verdrängt, heute noch gibt es Differenzen zwischen „alteingesessenen Taiwanesen“ und den nach 1945 eingewanderten Chinesen. Als 1949 Chiang Kai-Shek auf seiner Flucht vor den Kommunisten auf Taiwan landete, wurde er daher nicht sonderlich erfreut empfangen.

Die Koumintang unter Chiang Kai-Shek machten sich daran, die volle politische und wirtschaftliche Kontrolle über Taiwan zu übernehmen, was ihnen – insbesondere aufgrund der 1947 vorangegangenen Ereignisse – auch planmäßig und schnell gelang. Auch nach dem Tode Chiang Kai-Sheks änderte sich an den Machtverhältnissen wenig. Das Kriegsrecht wurde erst 1987 außer Kraft gesetzt, und erst 1999 verlor die KMT ihre Regierungsmacht nach demokratischen Wahlen an die bisherige Opposition.

Blutroter Faden

Die Berliner Journalistin Nathalie Sopacua zeichnete zum 50. Gründungsjahr der Volksrepublik (pogrom 203/99) einen blutroten Faden durch die chinesische Geschichte. Der im Schatten des Zweiten Weltkrieges von den Kommunisten angezettelte Bürgerkrieg gegen die autoritären Nationalrevolutionäre wurde nach der „siegreichen Revolution“ weitergeführt. Während der Zerschlagung des Großgrundbesitzes kamen mindestens eine Million Menschen ums Leben. Mitte der fünfziger Jahre ließ Mao „Konterrevolutionäre“ jagen, 770.000 Menschen wurden dabei ermordet. Der „Große Sprung nach vorn“, 1958 als Industrialisierung des Landes nach dem stalinistischen Vorbild in der Sowjetunion initiiert, endete in einer Hungersnot gigantischen Ausmaßes: Laut chinesischen Schätzungen von 1988 soll es 20 Millionen Tote gegeben haben, andere Quellen zitieren gar 43 Millionen Hungertote. Die direkte Folge der kommunistischen Wirtschaftspolitik.

Die Volksrepublik überzog ihr Territorium mit einem Netz von Laogai-Arbeitslagern, die chinesische Variante des Gulag. 50 Millionen mussten dort schuften, 20 Millionen Menschen starben in diesen Lagern. Chinesische Menschenrechtler gehen davon aus, dass heute in mehr als 1.000 solcher Arbeitslager sechs Millionen Menschen festgehalten werden. Auch die von

Teilen der (außenparlamentarischen) Linken 1968 beschwärmte Kulturrevolution Mitte der sechziger Jahre diente dem KP-Regime, Intellektuelle zu gängeln. Die Opferzahlen sind Schätzungen, zwischen einer halben Million und einer Million Menschen fielen der „Kulturrevolution“ zum Opfer.

Ethnisch motivierte Massenmorde

Das kommunistische Regime verfolgt seit seiner Machtergreifung auch eine brutale nationalistische Politik. 1949 annektierte Peking Ost-Turkestan, dabei wurden 360.000 Uiguren abgeschlachtet, eine Viertelmillion flüchtete aus dem Land. Gleichzeitig mit der Annexion Ost-Turkestans begann das KP-Regime mit einer Kolonialisierung der Inneren Mongolei. Staats- und Parteifunktionäre, Beamte des Staatsapparates, Menschen aus den Ballungszentren wurden in der Inneren Mongolei auch zwangsangesiedelt, andere erhielten dafür Privilegien. Die Mongolen stellen heute nur noch 15 Prozent der Bevölkerung: 3,6 Millionen Mongolen stehen 23 Millionen Han-Chinesen gegenüber.

Thomas Heberer von der Universität Duisberg zitierte im pogrom „50 Jahre China“ eine Umfrage, wonach Angehörige nichtchinesischer Völker ein Gefühl der Ungleichheit empfinden. Ihre Sprachen und Kulturen werden unterdrückt, die Kolonialisierung – die Enteignung im eigenen Land – drängte die Minderheiten in das soziale Abseits. Sie stellen die Mehrheit der unter der Armutsgrenze lebenden chinesischen Staatsbürger. Zehn Jahre nach der Annexion Ost-Turkestans ließ das Regime seine Volksbefreiungsarmee in Tibet einfallen. Ein Angriffskrieg, dem mehr als sechs Millionen Menschen zum Opfer fielen. Auch in Tibet stellen inzwischen die Han-Chinesen mit 7,5 Millionen Angehörigen die Mehrheit, die sechs Millionen Tibeter werden immer stärker ausgegrenzt.

In den nicht-chinesischen Regionen dominieren die Han-Chinesen die Wirtschaft und die Politik. In Ost-Turkestan werden jährlich 100 Millionen Tonnen Erdöl gefördert, in Tibet sind mehr als 60 Industriebetriebe im Bergbau und in der Forstwirtschaft tätig. An der Spitze dieser Unternehmen stehen ausschließlich Han-Chinesen, die auch bei der Zuteilung von Wohnungen, Arbeits- und Kindergartenplätzen bevorzugt werden.

Schikanierte Bevölkerung

Im Namen des volksrepublikanischen Fortschritts schikaniert die kommunistische Elite die eigene Bevölkerung. Ein Beispiel dafür ist der Bau des weltweit größten Staudamms am Jangtse. Die berühmteste chinesische Flusslandschaft und viele Städte werden unter den Fluten versinken. 1,2 Millionen Menschen müssen nach Schätzungen der Regierung umgesiedelt werden. Sie werden kurzerhand vertrieben. Das Regime begründet die Riesenprojekte als soziale Maßnahme – Energie schafft Arbeitsplätze und Wohlstand. Die Realität ist eine andere: Trotz anderer Staudammprojekte, die in der Provinz Szechuan in den letzten 40 Jahren durchgeführt und für die mehr als zehn Millionen Menschen umgesiedelt wurden, leben noch immer mehr als die Hälfte unter der Armutsgrenze.

Der Wachstumsriese opfert auch ungeniert die Bergarbeiter. Jährlich sterben in den mehr als 28.000 Kohlegruben und Bergwerken an die 10.000 Arbeiter. Die Abbaustätten sind tödliche Fallen für die Arbeiter, die sich für den Energiehunger zu Billiglöhnen abarbeiten müssen. Mao schaffte auf einem Leichenberg den „neuen Menschen“ für eine neue Zeit, seine Nachfolger kehren zurück zu einem Kapitalismus der chilenischen Machart: Einparteiendiktatur über ein Sklavensystem, Verbot von Gewerkschaften und Parteien, totale Kontrolle.

Taiwan

Das geschäftstüchtige KP-Regime fördert den Handel mit dem Westen, verhindert aber den Wandel. Der autoritäre Staat lässt keine Veränderungen zu. Seit dem Studenten-Massaker in Peking vor mehr als zehn Jahren wurde auf den Straßen und Plätzen nicht mehr demonstriert. Erst die jüngste Leugnung japanischer Kriegsverbrechen in japanischen Schulbüchern nutzte das Regime für gelenkte Proteste, Studenten durften wieder auf die Straße. Ihre auch nationalistischen Parolen passen zur nicht weniger nationalistischen Anti-Sezessionspolitik gegen Taiwan. Unverhohlen droht die Volksrepublik dem Insel-Staat, vordergründig geht es um die staatliche Einheit, die es so nie gab, im Hintergrund schwelt ein Streit um Bodenschätze im chinesischen Meer.

Vor einem Jahr beteiligte sich Frankreich an einem Manöver der chinesischen Marine, unterstrich damit seine Unterstützung für die „Ein-China-Politik“. Frankreich, das so vehement gegen den US-Krieg im Irak auftrat und sich als Friedensmacht ausgibt, unterstützt – wie das rot-grüne Deutschland und das Mitte-Rechts regierte Italien – das Regime in Peking. Trotz Waffenembargos werden Waffen geliefert. Französische Firmen investieren 2003 mehr als sieben Milliarden Dollar in China, deutsche Firmen mehr als zehn Milliarden. Die Unabhängigkeit Taiwans steht dem Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen im Weg. Wie auch die Einhaltung der Menschenrechte.

Wolfgang Mayr ist Mitarbeiter bei der Gesellschaft für bedrohte Völker Südtirol.



Frankreich und Deutschland: Chinas Maulwürfe in der EU

Ulrich Delius und Wolfgang Mayr

Beim Kampf um die Wahrung des französischen Einflusses in der Weltpolitik düpiert Frankreich nicht nur seine europäischen Partner, sondern nimmt auch diplomatische Verstimmungen in Kauf, um der chinesischen Führung den Hof zu machen.

So sicherte Jacques Chirac Peking seine uneingeschränkte Unterstützung in der Taiwan-Frage zu. Er bekräftigte nicht nur die auch von der EU vertretene Ein-China-Politik, sondern ging in seiner Solidarisierung mit dem chinesischen Regime weiter als jeder andere ausländische Staatschef. So bezeichnete er die gescheiterte Volksabstimmung über die Stationierung von Raketenabwehrsystemen als „unverantwortlich“, „aggressiv“, „schweren Fehler“ und „gefährlich für die ganze Welt“.

Auch die deutsche Bundesregierung hat sich in ihrer Taiwan-Politik immer mehr vom Konsens der EU-Staaten entfernt. Bundeskanzler Gerhard Schröder versicherte einem chinesischen Sondergesandten das Festhalten an der Ein-China-Politik. Bundespräsident Horst Köhler betonte die große Bedeutung der Ein-China-Politik für die deutsch-chinesische Zusammenarbeit. China, so Schröder, habe sich immer für die Einheit Deutschlands eingesetzt. „Es ist selbstverständlich, dass wir es auch tun“, meinte der Kanzler. Dabei ist Taiwan ein enger Wirtschaftspartner Deutschlands. Die Bundesrepublik ist Taiwans wichtigster Handelspartner in der EU. Doch auch für Deutschland ist die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Insel sehr bedeutend. So ist Taiwan laut Statistischem Bundesamt bei den Einfuhren nach Deutschland im Jahr 2003 der viertwichtigste asiatische Staat mit einem Warenumfang von 5,5 Milliarden

Euro, bei den Ausfuhren rangiert Taiwan mit 3,8 Milliarden Euro auf Rang fünf der Handelspartner Deutschlands in Asien. Doch selbst wenn man die Wirtschaft als Argument außen vor lässt: Die Unterstützung der „Ein-China-Politik“, wie sie beschönigend genannt wird, ist eine Unterstützung für eine Politik, die sich offen zur militärischen Expansion bekennt. Diese Politik kann, wie die Vergangenheit Chinas zeigt, in Krieg und damit Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen münden und diese Verbrechen nach Taiwan tragen.

Ulrich Delius ist Afrika- und Asien-Referent bei der Gesellschaft für bedrohte Völker Deutschland, Wolfgang Mayr ist Mitarbeiter bei der Gesellschaft für bedrohte Völker Südtirol.



Lukrativer Rüstungsmarkt, unprofitable Menschenrechte

Ulrich Delius

Trotz des EU-Embargos ist China eine der ersten Adressen der staatlichen Waffenhändler besonders aus Frankreich und Deutschland. Das Embargo konnte auch nicht verhindern, dass mit China ein schwungvoller Waffenhandel betrieben wird. Der noch kräftig angezogen werden kann.

So geht Frankreich davon aus, dass nur in Asien und den Staaten des Persischen Golfs mit einer Zunahme der Waffenimporte gerechnet werden kann. „Die europäische Verteidigungsindustrie braucht Aufträge und es gibt nicht viele Märkte, die solvent sind“, erklärt Andrew Brookes, Wissenschaftler beim internationalen Institut für Strategische Studien in London. China hat Frankreich nach Aussagen der konservativen französischen Tageszeitung „Le Figaro“ bereits eine Wunschliste an Rüstungsgütern übermittelt, die Peking gerne aus Frankreich einführen würde – sie umfasst vor allem Elektronikprodukte im Gesamtwert von mehr als zehn Milliarden Euro.

Nach dem zweiten Golfkrieg stellte China 1991 fest, dass seine Armee vollkommen veraltet und in militärischen Konflikten nicht wirksam einsetzbar war. Seither wird energisch die Modernisierung der Streitkräfte vorangetrieben. Offizielle Zuwachsraten des Verteidigungshaushalts von 17,6 Prozent und 17,7 Prozent 2001 und 2002 wurden nach Einschätzung von Experten in der Realität noch weit überschritten. 2001 war die Volksrepublik nach Recherchen von SIPRI der bedeutendste Waffenimporteure der Welt mit einem Zuwachs von 44 Prozent gegenüber dem Vorjahr (SIPRI Yearbook 2002, Kapitel 8, International arms transfers). Rüstungskäufe im Ausland werden von Devisenzuwendungen des Staatsrates beglichen. Statt der für 2002 öffentlich erklärten 20 Milliarden US-Dollar könnte nach Einschätzung des US-Kongresses der tatsächliche Aufwand rund 65 Milliarden US-Dollar umfassen. Damit würden weltweit nur die USA noch mehr für ihren Verteidigungshaushalt aufwenden. In Asien wäre China der Staat mit dem größten Verteidigungsbudget. Die Analysten des US-Kongresses erwarten eine Verdrei- oder Vervierfachung der realen Aufwendungen Chinas für die Verteidigung bis zum Jahr 2020. 2003 wandte China 3,1 Milliarden US-Dollar für den Kauf von Waffen im Ausland auf. Im Jahr 1999 waren es nach Angaben des in London ansässigen Internationalen Instituts für Strategische Studien nur eine Milliarde US-Dollar gewesen.

Im Gegensatz zu den offiziellen chinesischen Verlautbarungen, die immer den defensiven Charakter der chinesischen Streitkräfte betonen, nimmt die Fähigkeit Chinas zu einer offensiven Kriegsführung mit jedem weiteren Schritt der Modernisierung zu. Nur rund die Hälfte der für die Modernisierung der Streitkräfte benötigten Rüstungsgüter stammt aus chinesischer Produktion, der Rest wird aus dem Ausland eingeführt. Hauptlieferanten sind aufgrund des Embargos Russland und Israel. Russland liefert U-Boote, Kampfflugzeuge, Zerstörer, Jagdflugzeuge, Panzer, Artilleriegeschütze und Flugabwehrsysteme. Israel stattet China mit kleineren Waffensystemen und Kontrollapparaten aus. China zeigt auch Interesse am tschechischen Luftüberwachungssystem Vera-E, das in einem Radius von 450 Kilometer Entfernung bis zu 200 Objekte gleichzeitig überwachen kann. Zwar hatte Industrieminister Milan Urban der Rüstungsfirma Ompol bereits eine Ausfuhrgenehmigung für sechs der Passivradars erteilt, doch das tschechische Außenministerium erwirkte nach Intervention der USA eine Zurückziehung der Exportgenehmigung.

Die Volksrepublik ist sehr an Rüstungsgeschäften mit der EU interessiert, nicht nur um sich aus der Abhängigkeit von Russland zu lösen, zu dem die bilateralen Beziehungen nicht immer einfach sind. Sehr zum Ärger der chinesischen Führung war Russland nicht bereit, das hochmoderne Kampfflugzeug vom Typ SU-35 zu liefern. Auch behält Russland immer wieder zentrale Bestandteile der Waffentechnik zurück. Russland hat zwischen den Jahren 1995 und 2002 Rüstungssysteme im Wert von neun Milliarden US-Dollar an China geliefert. Anfang der 90er-Jahre hatte China die ersten SU-27 Kampfflugzeuge bestellt. Doch Taiwan hatte inzwischen bereits F-16 Kampfflugzeuge in den USA erworben, die den SU-27 militärtechnisch deutlich überlegen sind. Erst nachdem die Volksrepublik Ende der 90er-Jahre eigene Lizenzen zur Produktion von SU-27 Maschinen gekauft hatte, war Russland schließlich bereit, China bei der Weiterentwicklung seiner aus heimischer Produktion stammenden Kampfflugzeuge zu helfen.

Ein besonderes Interesse hat China an High-Tech-Waffen, satellitengesteuerte Navigationssysteme und Trägerraketen. Solche ausgefeilten Rüstungssysteme sind auf dem internationalen Rüstungsexportmarkt außerhalb Europas und der USA nicht einfach zu bekommen. Besonderes Interesse signalisierte Peking übrigens auch am französischen Kampfflugzeug Rafale. Große Bedeutung misst China auch der Zusammenarbeit mit der EU bei der Entwicklung des Galileo-Satellitensystems bei. Im September 2004 wurde China offizieller Partner im Galileo-Programm. Galileo kann auch militärisch angewendet werden, doch die Sprecherin des chinesischen Außenministeriums, Zhang Qiyue, bezeichnete es als „absurd“, dass China aus militärischen Gründen an Galileo interessiert sei. Doch in einem Staat wie der Volksrepublik, in dem alle anderen Ressorts der nationalen Sicherheit und Verteidigung untergeordnet sind und sich die Staatsführung absolute Kompetenzen anmaßt, kann eine militärische Anwendung Galileos nicht ausgeschlossen werden. China plant bis 2020 die Stationierung von mehr als einhundert Satelliten in der Erdumlaufbahn, um auch den kleinsten Winkel seines Landes ständig beobachten zu können. Es ist davon auszugehen, dass dabei nicht nur Daten über den Stand der Flora und Fauna gesammelt werden, sondern auch alle sicherheitspolitisch relevanten Informationen detailliert ausgewertet werden

Ulrich Delius ist Afrika- und Asien-Referent bei der Gesellschaft für bedrohte Völker Deutschland.



IMPRESSUM

Menschenrechte in China: Der Staat als Täter ist erschienen als bedrohte Völker Nr. 231, Zeitschrift der Gesellschaft für bedrohte Völker International, Heft 3/2005 ++ Herausgeberin: Gesellschaft für bedrohte Völker ++ Bozen/Göttingen, Juli 2005, 42 Seiten, Fr. 9.-- zzgl. Versandkosten ++ Bestellnummer 04-05-231++ Bestelladresse: Gesellschaft für bedrohte Völker, Wiesenstrasse 77, CH-3014 Bern, Tel.: 031 311 90 08, Fax: 031 311 90 65, E-Mail: info@gfbv.ch

EINE PUBLIKATION DER GESELLSCHAFT FÜR BEDROHTE VÖLKER * WEITERVERBREITUNG BEI NENNUNG DER QUELLE ERWÜNSCHT * Webaufbereitung: Anne-Chantal Daum